

Newsletter Integrationsbereich 1. Quartal 2020

Inhaltsverzeichnis

Newsletter Integrationsbereich 1. Quartal 2020	1
Aktuelle Statistiken zum Thema Asyl des BAMF	3
Dokumentarfilm über vietnamesisches Leben in Lichtenberg erschienen	4
Aufruf zum Lichtenberger Frauenpreis 2020.....	5
Yaar e.V.: Sozialberatung Farsi/Dari an neuem Standort Nähe S-Bahnhof Lichtenberg.....	5
SVR-Studie „Andere Länder, andere Sitten?“	6
Aufruf zum Preis für Demokratie und Toleranz	7
SVR-Studie: „Anerkannte Partner – unbekannte Größe? Migrantorganisationen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft“	8
März 2020: „Lichtenberg in Frauen*hand – Sexismus hat keine Chance“	10
Bürgerjurs suchen wieder Projekte und Mitglieder	10
Fachtag „Wir in Lichtenberg: heute und in der Zukunft“ hat stattgefunden	11
SVR sucht Migrant*innenselbstorganisation für ein Forschungsprojekt.....	11
Integrationskosten nun auch in Friedrichsfelde Süd	12
Veranstaltungen im 1. Quartal 2020 in Lichtenberg:	13
BENN Hohenschönhausen Nord: Termine des 1. Quartals	13
Lichtenberger Frauen*woche: Lichtenberg in Frauen*hand - Sexismus hat keine Chance.....	13
Bezirksamt Lichtenberg: Nacht der Politik	13
Lichtenberger Aufsteiger*innen: Neue Teilnehmenden-Runde startet Ende Januar	14
IMPRESSUM:.....	15

Editorial:

Zum 1. Quartal 2020 erscheint ein weiterer Newsletter unseres Bereichs. Inzwischen gibt es den Newsletter seit über einem Jahr. Die Abonnent*innenzahlen steigen langsam, aber stetig. Wir hoffen, dass auch dieser Newsletter für Sie interessante Informationen enthält, die Ihnen Ihren Arbeitsalltag erleichtern. Im Jahr 2020 stehen viele Dinge im Themengebiet Integration und Migration an: Das Bezirksamt Lichtenberg wird weiterhin an den Themen Interkultureller Öffnung arbeiten und Veranstaltungen zusammen mit den in Lichtenberg und Berlin ansässigen Communities durchführen. Berlinweit steht in 2020 die Überarbeitung und Neufassung des „Gesetzes zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin“, kurz PartIntG, auf der Tagesordnung.

Nach wie vor freuen wir uns darüber, wenn Sie uns Informationen über anstehende Veranstaltungen zusenden. Wir veröffentlichen diese gern. Senden Sie uns dafür einfach eine Veranstaltungsnotiz mit Ort, Zeit, Titel der Veranstaltung und eine kurze Beschreibung.

Wir nehmen Ihre Informationen, Veranstaltungen und aktuelle Mitteilungen gern unter integration@lichtenberg.berlin.de entgegen. Redaktionsschluss ist jeweils die letzte Woche vor Beginn des neuen Quartals. Auch wenn Sie andere, im Themenbereich Migration, Integration und Asyl Tätige oder Interessierte auf das Erscheinen unseres Newsletters hinweisen, würden wir uns freuen.

An- und abmelden können Sie sich unter dem folgenden Link:

<https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/newsletter/>

Der Integrationsbereich des Bezirksamts Lichtenberg von Berlin wünscht Ihnen allen ein erfolgreiches und glückliches Jahr 2020.

Ihr Team Integration des Bezirksamtes Lichtenberg

Zahlen, Daten, Fakten

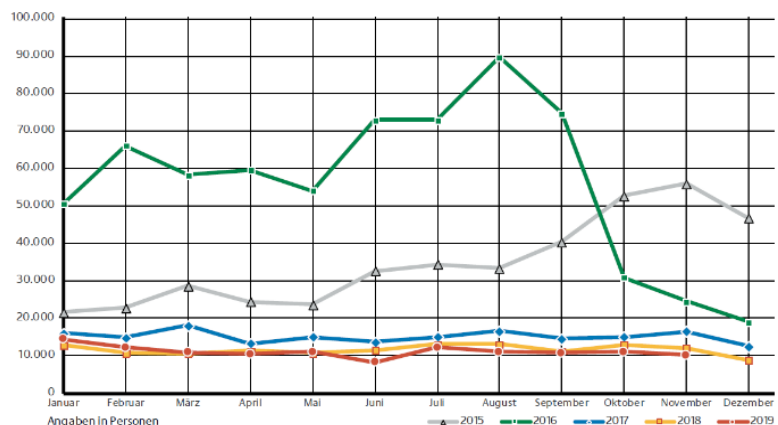
Aktuelle Statistiken zum Thema Asyl des BAMF

Im Jahr 2019 sind die Antragsstellungen im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin rückläufig. In der Asylgeschäftsstatistik von November des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird ein Rückgang um 12,3 % der gestellten Anträge im Zeitraum von Januar bis November 2019 im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum festgestellt. Wurden von Januar bis November 2018 151.944 Erstanträge gestellt, so waren es im selben Zeitraum 2019 nur 133.324, wobei davon jedoch 22%, also 29.325 der Asylerstantragstellenden, in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr waren.

Auch die Anzahl der Folgeanträge im Berichtsjahr 2019 sank gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert (22.096 Folgeanträge) um 1,6 % auf 21.732 Folgeanträge. Damit nahm das BAMF insgesamt 155.056 Asylanträge im Zeitraum Januar bis November 2019 entgegen; im Vergleich zum Vorjahr (174.040 Asylanträge) bedeutet dies eine Abnahme um 10,9 %.

Asylzugangszahlen im 5-Jahres-Vergleich

Entwicklung der Asylerstantragszahlen im Jahresvergleich (2015 bis 2019)

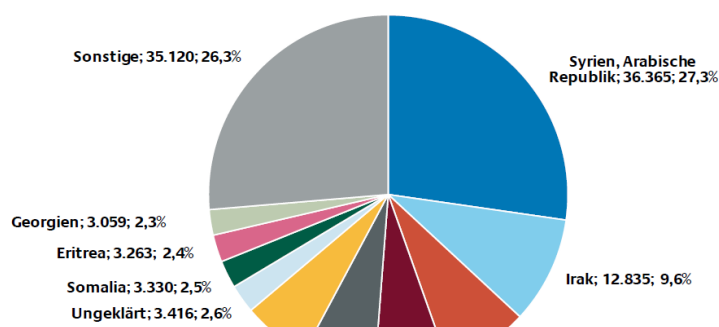


Die zahlenmäßig größte Gruppe der Antragsstellenden kam im bisherigen Kalenderjahr aus Syrien (38.068 Anträge), gefolgt vom Irak (14.305) und der Türkei (10.827),

Quelle: BAMF, Asylgeschäftsstatistik Ausgabe November 2019

Hauptstaatsangehörigkeiten im Zeitraum Januar - November 2019

Gesamtzahl der Erstanträge: 133.324



Quelle: BAMF, Asylgeschäftsstatistik Ausgabe November 2019

Afghanistan (10.494) und Nigeria (10.115). Die Schutzquote, also positive Entscheidungen gemäß § 3 Absatz 1 AsylG, § 4 Absatz 1 und Abschiebeverbot beträgt bei Menschen aus Syrien 83,7%, gefolgt von Eritrea (3.471 Anträge, Gesamtschutzquote 73,4 %) und der Türkei (44,8%).

Trotzdem eine hohe Anzahl von Menschen aus Nigeria Anträge gestellt haben, liegt die Schutzquote hier bei nur 6,8 %. In den 10 Ländern mit den höchsten

Antragszahlen haben nur die Antragsstellenden aus Georgien (3.562 Anträge) eine schlechtere Schutzquote mit 0,6 %.

Im Land Berlin wurden nach Angaben des BAMF 7.621 Asylerstanträge gestellt, womit Berlin auf Platz 6 nach Nordrhein-Westphalen (31.977), Bayern (17.409), Baden-Württemberg (13.952), Niedersachsen (12.906) und Hessen (10.957) rangiert. Weitere aktuelle Daten finden Sie auf der Seite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge unter : <https://www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/statistik-node.html>

Empfehlung der Redaktion

Dokumentarfilm über vietnamesisches Leben in Lichtenberg erschienen

Im Rahmen der Arbeit des Runden Tisches für politische Bildung Lichtenberg wurde durch die Fach- und Netzwerkstelle Lichtblicke ein Dokumentarfilm produziert, der nun veröffentlicht wurde. Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf sind die Bezirke in Berlin, in den die meisten Menschen mit Wurzeln aus Vietnam leben. In den Bezirken existiert so eine lebendige Diaspora mit eigener Infrastruktur. Lichtenberg, das auch als Klein-Hanoi bezeichnet wird, hat so bspw. mit dem Dong Xuan Center einen kommerziellen und kulturellen Hotspot vietnamesischen Lebens im Bezirk. 1980 unterschrieb die sozialistische Republik Vietnam mit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ein Vertragsarbeiterabkommen. Zum Mauerfall lebten ungefähr 59.000 Vietnames*innen auf dem Gebiet der DDR. In Lichtenberg befand sich ein Vertragsarbeiterheim und viele Vietnames*innen waren beim Volkseigenen Betrieb (VEB) Fortschritt Herrenbekleidung beschäftigt.

Der Film behandelt verschiedene Aspekte des Vietnamesischen Lebens und schlägt dabei jeweils einen Bogen von der Zeit der Vertragsarbeit bis heute. Chu Tiễn Tạng, heute für die Vereinigung der Vietnamesen Berlin/Brandenburg tätig, kann aus seinen Erfahrungen als Stadtverordneter (die letzte DDR-Regierung führte das kommunale Wahlrecht für Ausländer ein) in Storkow (Brandenburg) in der Wendezeit etwas für seine heute Arbeit mitnehmen. „Durch meine Vertretung wurden unsere Landsleute und Ihre Anliegen besser an die Vertreter der Stadt gebracht. (...) Auch die Bedarfe unserer Landsleute wurden berücksichtigt“. Herr Tạng ist sich sicher, dass ein kommunales Wahlrecht, wie es bereits für EU-Bürger*innen besteht, heute auch für andere Menschen ohne deutschen Pass zu einer besseren Vertretung der Interessen der vietnamesischen Community führen würde. Nguyễn Thi Quỳnh kam 1991 als kleines Kind mit ihren Eltern nach Deutschland. „Für mich war das wie eine Alien-Welt.“ Heute wiederum ist Vietnam ihren Kindern fremd. „So ist die dritte Generation: Deutsch.“ Auch Nguyễn Việt Hùng ist in Deutschland geboren und fühlt sich eher Deutsch. Er spricht nicht so gut Vietnamesisch wie seine Eltern und kann mit vietnamesischer Musik wenig anfangen.

Diese und weitere Protagonist*innen erzählen von ihrer Zeit als Vertragsarbeiter*innen, von Rassismus und Gewalt in den Neunziger Jahren, von ihrem damaligen und heutigen Leben in Lichtenberg. Der Film zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass die Protagonist*innen des Films unkommentiert selbst zu Wort kommen. Er hat eine Laufzeit von 27 Minuten und 22 Sekunden und wurde über Mittel der Kiezorientierten Gewalt- und Kriminalprävention der Landeskommission gegen Gewalt finanziert. Der Film kann sich auf dem Youtube-Kanal der Fach- und Netzwerkstelle Lichtblicke, auf der Seite der Integrationsbeauftragten oder direkt unter dem Link: <https://youtu.be/37cF6fGuEWg> angesehen werden.

Vorschläge gesucht I

Aufruf zum Lichtenberger Frauenpreis 2020

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2020 lobt das Bezirksamt erneut den Lichtenberger Frauenpreis aus. Dieser wird an Einzelpersonen, Projekte oder Initiativen vergeben, die sich für die Rechte von Frauen* und Mädchen* einsetzen. Sie fördern die Geschlechterdemokratie oder setzen sich für die Chancengleichheit von Frauen und Männer in allen Lebensbereichen ein.

Lichtenbergs Bezirksbürgermeister Michael Grunst (Die Linke) ermuntert die Lichtenberger*innen Vorschläge einzureichen: „**Wir möchten mit der Preisverleihung das eindrucksvolle Engagement von Frauen in unserem Bezirk sichtbar machen und sie zugleich mit der öffentlichen und politischen Würdigung dieses besonderen Engagements unterstützen**“.

Über die Vergabe des Preises entscheidet eine Jury, die sich aus Vertreterinnen des Bezirksamts, der Bezirksverordnetenversammlung und aus Mitgliedern der Zivilgesellschaft zusammensetzt.

Der Frauenpreis ist mit 500 Euro dotiert. Er wird auf einer Festveranstaltung am 7. März 2020 überreicht. Bis zum 27. Januar können Vorschläge und Eigenbewerbungen mit prägnanten Begründungen per E-Mail an die Gleichstellungsbeauftragte des Bezirksamts, Majel Kundel, gesandt werden:

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin
Gleichstellungsbeauftragte
Majel Kundel
Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin
Telefon: (030) 90296-3320
E-Mail: majel.kundel@lichtenberg.berlin.de

Standortwechsel

Yaar e.V.: Sozialberatung Farsi/Dari an neuem Standort Nähe S-Bahnhof Lichtenberg

Die über Sozialberatung auf Farsi/Dari des Verein Yaar e.V. gefördert aus Mitteln des bezirklichen Integrationsfonds des Bezirks Lichtenberg im Rahmen des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter des Senats von Berlin zieht aus Hohenschönhausen Nord nach Lichtenberg. Das offene Beratungsangebot am Freitag von 10 bis 13 Uhr, das bisher in BENN-Büro in Hohenschönhausen verortet war, zieht nach Lichtenberg und wird ab dem 17.01.2020 Kiezhaus-UNDINE, Hagenstr. 57, 10365 Berlin angeboten.

Was: Im Rahmen des Projekts "Auf Augenhöhe" bietet YAAR e.V. wöchentlich Sozialberatung auf Dari/Farsi an.
Wann: ab dem 17.01. 2020 jede Woche freitags 10 bis 13 Uhr
Wo: Kiezhaus-UNDINE, Hagenstr. 57, 10365 Berlin

Studie zu Werten bei Geflüchteten

SVR-Studie „Andere Länder, andere Sitten?“

Im Rahmen des Zuzugs von 1.8 Millionen Geflüchteten in den Jahren 2014-2018, die zum Großteil aus muslimischen Ländern kamen, wird wiederholt die Frage in den Raum gestellt, inwieweit die Werte der Geflüchteten mit den Werten der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland vereinbar seien oder ob mit der Fluchtmigration auch vermehrt regressive Wertvorstellungen in die Bundesrepublik eingewandert seien. Besonders gern wird diese These von Seiten der alten und neuen radikalen Rechten bis hin zu (national-) konservativen Kreisen vertreten und ist dabei oftmals in eine rassistische Argumentationskette integriert. Aber auch im Mainstream wird diese Position teilweise bei Politiker*innen und in den Medien aufgenommen. Die Zugewanderten selbst kommen dabei selten zu Wort. Empirische Studien zu diesem Thema sind bisher kaum vorhanden.

Der Forschungsbereich des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat daher in der Studie „Andere Länder, andere Sitten?“ eine systematische Erfassung der Wertvorstellungen der ab 2014 in die Bundesrepublik eingereisten Asylsuchenden und der bereits länger in Deutschland Lebenden versucht. Gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung hat der SVR die Ergebnisse einer Studie vorgelegt, die hierzu einen ersten Beitrag liefert. Dabei wurden Themen aufgegriffen und vertieft, die im Integrationsbarometer 2018 benannt wurden. Im Zentrum der Fragestellung standen sowohl die wahrgenommenen Unterschiede in der Wichtigkeit von Werten zwischen dem jeweiligen Herkunftsland und der Bundesrepublik Deutschland als auch, wie leicht oder schwer es den Befragten jeweils fällt, damit umzugehen.

Deswegen wurde in einem ersten Schritt gefragt, in welchen Themenfeldern Menschen Unterschiede zwischen ihrem Herkunftsland und Deutschland sehen. In einem zweiten Schritt wurden die Geflüchteten gefragt, inwieweit es ihnen leicht oder schwerer fällt, sich auf diese Unterschiede einzustellen. In den Ergebnissen wurde deutlich, dass eine Mehrheit der Befragten Unterschiede zwischen ihren Herkunftsländern und Deutschland in der Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau sowie dem Schutz von Minderheiten sieht. Auf diese Unterschiede kann sich aber die große Mehrheit ohne Probleme einstellen. Auch die These einer generellen Verschiedenheit der Ansichten zu diesen Themen zwischen der in Deutschland aufgewachsenen Bevölkerung und den Dazugekommenen lässt sich kaum halten. Zwar gibt es einen Unterschied, dieser ist jedoch weniger ausgeprägt wie vielfach behauptet.

Schwerer fällt es der Mehrheit, mit den Unterschieden in der Bedeutung von rechtlicher Gleichstellung Homosexueller sowie dem im Vergleich zu den Herkunftsländern geringeren Wert der Familie in der Bundesrepublik umzugehen. Auch der Umgang mit und mangelnder Respekt vor alten Menschen in Deutschland ist für viele Zugewanderte oft befremdlich. Die Studie erhebt jedoch, da nur 369 Personen befragt wurden, nicht den Anspruch auf Repräsentativität und kann daher nur eine Annäherung an die tatsächlichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Wertvorstellungen sein. Die Autor*innen der Studie empfehlen auf Basis der bisherigen Ergebnisse, insbesondere die differierenden Wertvorstellungen in staatlichen Integrationsangeboten zu thematisieren, aber auch gezielte Förderung von Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen.

Kulturelle Unterschiede können so als Diskussionsgrundlage und Potenzial gesehen und genutzt werden. Denn Wertvorstellungen sind in einer Gesellschaft stets dynamisch und werden ständig neu verhandelt. Dafür braucht es Räume, in denen Neuzugewanderte und Mehrheitsgesellschaft sich mit Offenheit und verschiedenen Perspektiven begegnen. Nötig aber nicht ausreichend seien dagegen Versuche, Werte über verpflichtende Kurse zu vermitteln. Nicht zuletzt gibt es auch unter der in der Bundesrepublik geborenen Bevölkerung mit oder ohne Migrationshintergrund eine relevante Anzahl von Menschen, die sowohl die Gleichstellung von Mann und Frau als auch Minderheiten wie etwa Homosexuelle ablehnen. Insbesondere gegenüber der letztgenannten Gruppe ist die Ablehnung auch hier besorgniserregend groß.

Die komplette Studie des SVR finden Sie unter dem Link:

https://www.svr-migration.de/publikationen/kulturelle_unterschiede/

Vorschläge gesucht II

Aufruf zum Preis für Demokratie und Toleranz

Alljährlich lobt das Bezirksamt Lichtenberg den „Preis für Demokratie und Toleranz“ aus. Dieser Preis ist in Zeiten der wachsenden Polarisierung der Gesellschaft und Verrohung in den sozialen Medien aber auch auf der Straße, aber vor allem dem vermehrten Auftreten von organisierter, rechtsextremen Gewalt von hoher Signalwirkung. Der Bezirk Lichtenberg möchte mit der Verleihung des Preises auf dem Empfang des Bezirksamtes im Frühjahr 2020 erneut ein Zeichen für ein gelebtes demokratisches und tolerantes Miteinander setzen.

Gesucht werden Initiativen, Einzelpersonen, Vereinen oder Institutionen, die für die diesjährige Verleihung des Preises für Demokratie und Zivilcourage in Frage kommen. Erwünscht sind schriftliche, prägnant begründete Vorschläge zu möglichen Preisträgerin-nen und Preisträgern bis Freitag, 14. Februar 2020.

Über die Vergabe entscheidet eine Jury unter dem Vorsitz des Bezirksbürgermeisters. In der Jury sind weiterhin das Bezirksamtskollegium, das Bündnis für Demokratie und die Präventionsbeauftragten der Regionalen Polizeidienststellen vertreten.

Die Vorschläge können per Post eingereicht werden:

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

Integrationsbeauftragte Bärbel Olhagaray

Möllendorffstraße 6

10367 Berlin

E-Mail : Baerbel.Olhagaray@lichtenberg.berlin.de

Studie zu Migrant*innenselbstorganisationen

SVR-Studie: „Anerkannte Partner – unbekannte Größe?

Migrantenorganisationen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft“

Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) sind für die Berliner Verwaltung, egal ob auf Senats- oder auf Bezirksebene, wichtige Partner*innen. Auch auf Bundesebene spielen MSOs, insbesondere seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005, eine zunehmend wichtige Rolle. Insbesondere seit 2015 sind MSOs auch vermehrt Partner*innen für die Integration von neuangekommenen Geflüchteten geworden und beziehen hierfür staatliche Fördermittel oder übernehmen direkt staatlich finanzierte gesetzliche und freiwillige Leistungen in freier Trägerschaft. Aus diesem Grund hat das Bundesinnenministerium auf Grundlage eines Beschlusses des Bundestages eine Studie zu Migrant*innenselbstorganisationen in Auftrag gegeben. Bis Ende 2020 will der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) eine Übersicht zur Landschaft der Migrant*innenorganisationen in Deutschland vorlegen, auf die sich Politik, Verwaltung und Migrant*innenorganisationen in ihrer Praxis stützen können. Der Policy-Brief vom November 2019 des SVR „Anerkannte Partner – unbekannte Größe? Migrantenorganisationen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft“ ist zum Auftakt dieser Forschungsbemühungen (vgl. Aufruf zur Teilnahme an der genannten Studie in dieser Ausgabe des Newsletters weiter unten) verfasst worden und dient als erste Annäherung an den Themenbereich.

In dieser ersten Annäherung wird, nach einer historischen Einordnung und der Darstellung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, zuerst die Vielzahl der Tätigkeiten der Migrant*innenselbstorganisationen hervorgehoben. Die Tätigkeit der MSOs dürfe keineswegs auf ihre Tätigkeit im Themenfeld Integration reduziert werden, sondern MSOs sind weit darüber hinaus tätig - aber gerade diese Tätigkeit macht sie insbesondere für Politik und Verwaltung, aber auch für andere zivilgesellschaftliche Organisationen interessant. In Berlin beispielsweise besteht der Landesintegrationsbeirat u.a. auch aus 7 Vertreter*innen der Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Bestimmt werden diese durch Wahl durch Migrant*innenselbstorganisationen, die in einer Liste auf der Seite der Integrationsbeauftragten des Landes Berlins veröffentlicht sind¹. Was jedoch genau eine Migrant*innenselbstorganisation ist, darüber besteht weder in der Wissenschaft, noch in der Politik, der Verwaltung oder unter den fraglichen Organisationen selbst ein Konsens. Wahlberechtigt für die Wahl des Berliner Landesbeirats sind so beispielsweise Vereine, die eine gewisse Anzahl an Migrant*innen im Vorstand aufweisen. In welchen Feldern die Vereine tätig sind, ob sie sich mit Fragen der Integration und Migration auseinandersetzen oder nicht spielt hier erst mal keine Rolle. Tatsächlich stellt sich aber schon die Frage, ab wann genau eine Migrant*innenselbstorganisation eine solche ist und was die genaue Rolle einer MSO sein soll. „In der Praxis zeigt sich das Problem beispielsweise darin, dass Migrantenorganisationen von der Politik bis heute vornehmlich bei Themen von Migration und Integration einbezogen und dabei fast zwangsläufig auf die Rolle von ‚sozialen Dienstleistenden‘ reduziert werden.“ (SVR-Forschungsbereich: Anerkannte Partner – unbekannte Größe?, Berlin 2019, S. 15).

Die Rolle von MSOs ist dabei die eines „strukturelle(n) Paradox“. Um auf Abgrenzungen der Mehrheitsgesellschaft auch von denjenigen Menschen, die bereits die deutsche Staatsbürgerschaft haben

¹ <https://www.berlin.de/lb/intmig/integrationsbeirat/wahlen/oeffentliche-liste-532880.php>

„aufmerksam zu machen, müssen Zusammenschlüsse von Menschen mit Migrationshintergrund ihre Interessen als Interessen migrantischer Gruppen vertreten und damit ebendiese Abgrenzung selbst vornehmen.“ (Ebd., S. 15) Darüber hinaus stellt sich auch die oben bereits angedeutete Abgrenzungsfrage: Ab wann ist eine MSO eine MSO? Einerseits handelt es sich um ein sich stetig veränderndes Feld. Alte MSOs, die bereits von der in der Bundesrepublik Deutschland geborenen Generationen weitergeführt werden, sich neugründende Vereine von Geflüchteten, neue Diskurse und Änderungen von Selbst- und Fremdwahrnehmungen, neue Trends wie nur digitale Strukturen (z.B. Facebook-Gruppen ohne Entsprechung außerhalb des Internets), eingetragene Rechtsformen und reine informelle Initiativen und Zusammenschlüsse, die reine Mitgliedschaft von Migrant*innen ohne thematischen Bezug auf Migration versus die explizite Gründung mit thematischen Bezug auf Migration oder den Anspruch auf Vertretung einer bestimmten Gruppe sowie Mischformen, machen eine Universal-Definition der MSO nahezu unmöglich.

Dennoch: Wenn MSOs als Vertreter*innen der Interessen von Migrant*innen, beispielsweise in Beiräten auf Landes- oder kommunaler Ebene herangezogen werden sollen, stellt sich die Frage welche MSOs vertretungsberechtigt sind. Dabei muss sich jedoch klargemacht werden, dass „Erstens (.) nicht jede Migrantenorganisation überhaupt politisch engagiert (ist). Und zweitens kann bürgerschaftliches Engagement in Vereinen generell nicht die Vertretung in politischen Parteien oder Gremien ersetzen, geschweige denn die Möglichkeit, an Wahlen teilzunehmen, sofern ein entsprechendes Wahlrecht besteht.“(Ebd. S. 19) Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob Migrant*inneselbstorganisationen überhaupt sinnvoll für die Belange von Migrant*innen sprechen können, oder ob es sich hier nicht nur um eine prekäre Notlösung der Beteiligung handelt, da „nicht einfach unterstellt werden (kann), dass z. B. der Verein einer bestimmten Herkunftsgruppe in einer Kommune tatsächlich die Interessen aller Angehörigen dieser Herkunftsgruppe vor Ort vertritt und in ihrem Namen sprechen kann.“ (Ebd. S. 20). MSOs vertreten schlussendlich vor allem ihre Mitglieder und ein Übereinstimmen der Interessen dieser und anderer Migrant*innen ist nicht zwingend gegeben. Die Beteiligung von MSOs ersetzt tatsächliche Beteiligung von Migrant*innen, gerade derjenigen ohne Wahlrecht wie diejenigen aus Drittländern, schlussendlich nicht.

Nichtsdestotrotz sind MSOs, gerade auch für die Vertretung neuer Gruppen unverzichtbar und sollten gezielt gefördert werden, insbesondere wenn diese noch „jung“ sind und sich erst konsolidieren und sich noch professionalisieren müssen. „Eine Förderung aus Integrationsmitteln erscheint zwingend und sinnvoll, solange Migrantenorganisationen noch keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu Fördermitteln für spezielle Ziele haben und besonders dann, wenn es um politische Vertretung geht. Die Förderung sollte jedoch vor allem dazu beitragen, gleichberechtigte Zugänge zu regulären Fördermitteln zu eröffnen oder Migrantenorganisationen als Trägerinnen anzuerkennen, z.B. von SGB-Regelangeboten wie Erwachsenenbildung, Sprach- und Integrationskursen oder freier Jugendhilfe.“ (Ebd., S. 22f)

Die komplette Veröffentlichung des SVR kann unter https://www.svr-migration.de/publikationen/migrantenorganisationen_entwicklung_trends/ heruntergeladen werden.

Lichtenberger Frauen*woche

März 2020: „Lichtenberg in Frauen*hand – Sexismus hat keine Chance“

Der Verein „Lesben Leben Familie“ (LesLeFam) e.V. übernimmt die Trägerschaft für die Lichtenberger Frauen*woche im Jahr 2020. In Kooperation zwischen dem Bezirksamt Lichtenberg, vertreten durch die Gleichstellungsbeauftragte Majel Kundel, LesLeFam e.V. und dem Lichtenberger Frauenbeirat wird in der Lichtenberger Frauen*woche die Möglichkeit genutzt, auf die Lebenssituationen von Frauen* in unserem Bezirk aufmerksam zu machen.

Unter dem Motto „Lichtenberg in Frauen*hand - Sexismus hat keine Chance“ soll mit Ihnen gemeinsam, ein Programm gestaltet werden, dass in der Woche vom 2. – 8. März 2020 die Lichtenberger Frauen* ganz besonders in den Fokus nimmt. Der Träger LesLeFam und die Gleichstellungsbeauftragte möchten Sie nun herzlich einladen, diese Frauen*woche mit zu gestalten und in Ihren Projekten kulturpolitische Veranstaltungen zu Frauen*themen und Gleichstellung umzusetzen.

Durch die Kürze der Vorbereitungszeit wird um eine schnelle Rückmeldung bis zum 06.01.2020 gebeten. Die vielfältigen Veranstaltungen im Bezirk und in Ihren Projekten, möchten wir auf einem zentralen Flyer veröffentlichen. Bitte schreiben Sie an frauenwoche@leslefam.de und es wird sich umgehend mit Ihnen in Verbindung gesetzt.

Kiezfonds Lichtenberg

Bürgerjurs suchen wieder Projekte und Mitglieder



Cover der Broschüre des
Bezirksamt Lichtenberg/BA
Lichtenberg 2019

Seit 2010 gibt es den Kiezfonds im Bezirk Lichtenberg. Er ist ein Erfolgsprojekt der direkten und unbürokratischen Mitbestimmung in Lichtenberg - mit Strahlkraft weit über die Bezirksgrenze hinaus. Kleine und große Projekte, die das Zusammenleben im Kiez fördern, das Wohnumfeld verschönern, die Nachbarschaft stärken, also kurzum, die dem Stadtteil zugutekommen, können mit Hilfe des Fonds schnell, kurzfristig und unkompliziert umgesetzt werden. Für die 13 Stadtteile stehen dabei jeweils 10.000 Euro pro Jahr bereit. Beantragt, beraten und vergeben werden die Projekte bei den Bürgerjurs. Eine gerade aktuell erschienene Broschüre führt schnell und einfach ins Verfahren ein: <https://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/sites>

Eben diese Jurs suchen nun Verstärkung! Zeit und Lust mit zu entscheiden? Interessierte können sich in der Bürgerjury Ihres Kiezes engagieren. Mehr Informationen unter:

per E-Mail: buergerhaushalt@lichtenberg.berlin.de

per Telefon: (030) 90296-3515 und -3516

oder schriftlich: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

Stabsstelle Bürgerbeteiligung, 10360 Berlin

Ansprechpartnerinnen: Silvia Gröber / Lilia Lengert

Allgemein: Hier können die Anträge abgegeben werden:

<https://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/stadtteilzentren>

Allgemeine Antragsunterlagen und Informationen:

<https://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/informationen>

Das vietnamesische Lichtenberg

Fachtag „Wir in Lichtenberg: heute und in der Zukunft“ hat stattgefunden

Seit mehreren Jahrzehnten gehören Vietnamesinnen und Vietnamesen nicht nur zum Stadtbild in Hohenschönhausen und Lichtenberg. Hier befanden sich zu Zeiten der DDR die großen Wohnheimkomplexe, in denen die damaligen, u.a. vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen lebten. Von hier aus erfolgten auch die existentiellen, andauernden Bemühungen sich nach 1990 zunächst einen Aufenthalt und damit eng verbunden, auch ein wirtschaftliches Aufkommen aufzubauen.



Teilnehmende diskutieren an Thementischen /Foto: VIA Berlin/Brandenburg e.V. 2019

Diese Generation und deren Kinder und Kindeskindern sind inzwischen fest im Verwaltungsbezirk Lichtenberg etabliert. Der Bezirk Lichtenberg hat daher eine Veranstaltung mit und für die vietnamesisch stämmige Community in Kooperation mit dem Verband für Interkulturelle Arbeit Berlin/Brandenburg durchgeführt. Von 10 bis 16 Uhr diskutierten vor allem Menschen aus der Community selbst zusammen mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, vietnamesischer Vereine und Vertreter*innen der Verwaltung, so beispielsweise Vertreter*innen vom Jugend- und Sozialamt, der OE SPK, dem Integrationsbereich des Bezirksamts und dem Bezirksbürgermeister Michael Grunst in den Räumen der Stiftung RBO.

Haupttagesordnungspunkt des Fachtages waren Thementische, an denen zu den Themen Vietnames*innen als Bürger*innen und Teil des Gemeinwesens Lichtenbergs, aber auch Identität, Diskriminierung, soziale Verantwortung und die Rolle der (vietnamesischen) Wirtschaft sowie Sprach- und Kulturpflege. Dem vorangegangen waren kurze Begrüßungsreden sowie ein längerer Rückblick auf die Geschichte der Vietnames*innen durch Tamara Hentschel, die diese bereits seit der Wende unterstützend begleitet und als Vertreterin der Zivilgesellschaft (Reistrommel e.V.) bis heute unterstützt.

Forschungsprojekt

SVR sucht Migrant*innenselbstorganisation für ein Forschungsprojekt

Der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin untersucht in einem neuen Forschungsprojekt das Selbstverständnis und die Vielfalt von Migrant*innenorganisationen in Deutschland. Ziel ist es, Handlungsempfehlungen zur Optimierung von Förder- und Kooperationsstrukturen zu entwickeln. Gefördert wird das Forschungsprojekt vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und die Veröffentlichung der Studienergebnisse ist für Ende 2020 geplant.

Geplant ist eine Erhebung und anschließende Online-Befragung möglichst aller Migrant*innenorganisationen unter anderem in Berlin. Für das Gelingen des Forschungsprojekts ist es entscheidend, dass sich möglichst viele Migrant*innenorganisationen an der geplanten Onlinebefragung beteiligen. Um dies zu erreichen, sammelt der SVR-Forschungsbereich derzeit die Kontaktdaten von möglichst allen Migrantenorganisationen in Berlin. Die Befragung wird Anfang 2020 durchgeführt. Wenn Sie einer Migrant*innenorganisation angehören oder eine solche kennen und an der Befragung teilnehmen möchten oder wenn Sie einfach weitere Informationen zum Projekt wünschen, dann freuen sich Dr. Marie Mualem Sultan und Nils Friedrichs auf Ihre E-Mail an: mo@svr-migration.de

(Quelle: Nr. 170 BERLIN INTERNATIONAL, Dezember 2019, Seite 9)

Neue Kooperation

Integrationskosten nun auch in Friedrichsfelde Süd



Margaretentreff / Foto: AWO Berlin Kreisverband Südost e.V. 2019

Seit dem 08. November 2019 bietet das Integrationslotsenprojekt der Kiezspinne in Lichtenberg Sprechzeiten im Margaretentreff, AWO Margaretentreff, Zachertstr. 52, 10315 Berlin (U-Bhf. Friedrichsfelde), an.

Der Margaretentreff ist eine Begegnungsstätte für alle Generationen in Trägerschaft der AWO, die zwischen Weitlingkiez und Friedrichsfelde Süd gelegen ist. Sie ist ein sozialer Treff für alle Nachbar*innen: Egal, ob hier aufgewachsen oder neu hinzugezogen, ob alt oder jung -

Alle sind willkommen!

Der Margaretentreff bietet Raum, um sich zu treffen, auszutauschen, zu quatschen und Kaffee zu trinken. Die verschiedenen Gruppenangebote laden zum Teilnehmen ein, wie z.B. die Nähgruppe mittwochs von 16.30 bis 18.30 Uhr oder das Nachbarschaftscafé donnerstags 13 bis 15 Uhr. Neue Gruppen können initiiert werden. Initiativen, Selbsthilfegruppen, Elternvertretungen, Hausgemeinschaften usw. stehen die Räume auch für Versammlungen offen.

Das kostenlose Beratungsangebot wird nun erweitert: Jeweils zwei Mal im Monat werden Sprechzeiten auf Russisch und Vietnamesisch durch die Integrationslotsen der Kiezspinne in Lichtenberg durchgeführt.

Sprechzeit in Russisch:

Jeden 2. und 4. Montag im Monat, 09:00 – 12:00 Uhr

Sprechzeit in Vietnamesisch:

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 09:00 – 11:00 Uhr

Termine rund um Migration und Integration

Veranstaltungen im 1. Quartal 2020 in Lichtenberg:

BENN Hohenschönhausen Nord: Termine des 1. Quartals

Ort: BENN-Büro Hohenschönhausen Nord, Warnitzer Straße 14, 13057 Berlin

13.01.2019: Start Sprachcafé nach der Weihnachtspause
 21.01.2019: Kochabend
 03.02.2019: Ideenwerkstatt -> Thema: Wie beantrage ich eine BENN-Maßnahme
 18.02.2019: Kochabend
 02.03.2019: Ideenwerkstatt
 17.03.2019: Kochabend

Lichtenberger Frauen*woche: Lichtenberg in Frauen*hand - Sexismus hat keine Chance

Datum: 02.-08. März 2020

Ort: ganz Lichtenberg

Die Frauen*woche wird organisiert durch die Gleichstellungsbeauftragte Majel Kundel, LesLeFam e.V. und dem Lichtenberger Frauenbeirat. Ein Programm wird noch veröffentlicht.

Bezirksamt Lichtenberg: Nacht der Politik

Wie jedes Jahr findet auch 2020 wieder die Nacht der Politik im Rathaus Lichtenberg statt, in der die Politik sowie die Verwaltung sich und ihre Arbeit der Öffentlichkeit vorstellt. Es wird ebenfalls wieder wie jedes Jahr eine Life-Performance und diverse andere Angebote geben.

Datum: Freitag, 06. März 2019

Uhrzeit: 17.00-22.00 Uhr

Ort: Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

Gesucht**Lichtenberger Aufsteiger*innen: Neue Teilnehmenden-Runde startet
Ende Januar**

Das Projekt Lichtenberger Aufsteiger*innen bietet Arbeitssuchenden und Nichterwerbstätigen aus Berlin die Möglichkeit, einen Einblick in Berufsfelder des frühkindlichen Bildungsbereichs zu erhalten. Der Träger wortlaut möchte mit dem Projekt mehr Personen für die Arbeit mit Kindern begeistern und bei einem individuellen Zugang in den Beruf unterstützen. Das Projekt „Lichtenberger Aufsteiger*innen“ wird gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales im Rahmen der Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit.



Foto: wortlaut 2019

Bei der ersten Runde im Jahr 2019 waren bereits 9 Teilnehmer*innen dabei – eine von ihnen hat bereits nach der Hälfte des Projekts einen Ausbildungsplatz gefunden. Bei zwei weiteren Teilnehmer*innen haben die Kitas schon nach kurzer Zeit den Wunsch geäußert, sie als Quereinsteiger*innen zu übernehmen. Bei wortlaut haben Interessierte die Möglichkeit herauszufinden, ob das Berufsfeld passend für sie ist. Die Projektdauer beträgt insgesamt ca. drei Monate. Die Teilnahme ist kostenfrei. Ende Januar startet die zweite Runde im Projekt

und alle Interessierten sind herzlich willkommen, an der dreimonatigen Phase teilzunehmen.

Während des Projekts absolvieren die Teilnehmenden eine Praxisphase in Kita, Hort oder Kindertagespflege und lernen so den pädagogischen Alltag und die Anforderungen des Berufs unmittelbar kennen. In begleitenden Seminaren stärken und erweitern die Teilnehmenden ihre persönlichen und fachlichen Kompetenzen. Die Vernetzung von wortlaut Sprachwerkstatt mit Partner*innen im Bezirk und die individuellen Beratungen der Teilnehmenden ermöglichen einen optimalen Zugang zu einem beruflichen (Wieder-)Einstieg.

Alle Angaben zu den nächsten Terminen sowie weitere Informationen finden Sie auf unserer Projekt-Homepage: www.wortlaut.de/licht_auf

Kontakt:

Sabrina Sabih

sabrina.sabih@wortlaut.de

Tel: 030 / 789 546 012

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin
Abteilung Personal, Finanzen, Immobilien und Kultur
Bezirksbürgermeister-Bereich
Integrationsbereich

Verantwortliche:

Bärbel Olhagaray

Dienstsitz Rathaus Lichtenberg
Möllendorffstraße 6
10367 Berlin

Redaktion:

Fabian Nehring

Email: integration@lichtenberg.berlin.de

Haftungsausschluss: Die in diesem Newsletter veröffentlichten Inhalte sind mit Sorgfalt recherchiert. Dennoch kann keine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit und Vollständigkeit der Informationen übernommen werden. Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr. Aus der Nutzung dieser Informationen abgeleitete Haftungsansprüche sind ausgeschlossen. Der Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.